



Europäische Antwort auf die Eurokrise

Nach Griechenland und Irland sah sich Anfang April auch die portugiesische Regierung gezwungen, internationale Finanzhilfe zu beantragen. Die Situation in Portugal hat erneut gezeigt, dass wir mögliche Ansteckungsgefahren der Staatsschuldenkrisen in der Eurozone ernst nehmen müssen. Portugal ist weniger hoch verschuldet als Griechenland und weist, anders als Irland, keinen überdimensionierten Bankensektor auf. Die dennoch dramatische Verschlechterung der Refinanzierungsbedingungen zeigt, wie wichtig eine verstärkte **frühzeitige wirtschaftliche Koordinierung und Überwachung** im Euro-Raum ist.

Die Europäische Union hat die Notwendigkeiten erkannt und schon im vergangenen Jahr eine nachhaltige **Verbesserung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes** beschlossen. Durch gesamtwirtschaftliche Überwachungsverfahren wird künftig nicht mehr nur die Haushalts-, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung beobachtet. Die Probleme, denen wir heute gegenüber stehen, haben sich durch Fehler in der Vergangenheit entwickelt. resultieren aus dem laxen Umgang mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt, der hinlänglich bekannt ist. Unsere Aufgabe ist nun, aus diesen Fehlern die richtigen Lehren zu ziehen und die **wirtschaftliche und politische Integration weiterzuführen**.

In dieser schwierigen Situation hat die **Europäische Union** wie schon in der Finanzmarktkrise gezeigt, dass sie **handlungsfähig** ist, wenn es darauf ankommt. Auf europäischen Druck hin, konnten bei der **Regulierung des Finanzmarktes** Fortschritte erzielt werden, in dem **Transparenz, Kontrolle und Aufsicht** verstärkt wurden. Einer der wichtigsten Beschlüsse war die Schaffung eines **Finanzüberwachungssystems**, das grenzüberschreitende Tätigkeiten von Großbanken und Versicherungen kontrolliert. Zudem hat die EU bereits eine Richtlinie zur **Verschärfung der Eigenkapitalvorschriften für Banken** verabschiedet und fasste einen Beschluss zum Schutz privater Sparer eine Sicherung von Spareinlagen bis zu einer Deckungssumme von 100.000 Euro. Derzeit verhandelt das Parlament eine Richtlinie Einlagensicherungssystemen.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise zeigt, dass wir ein **vereintes Europa** brauchen. Europa zeigt sich geschlossen und handlungsfähig. Die EU verabschiedete in der Euro-Krise die **richtigen Instrumente**, um die Krisenstaaten zurück auf den richtigen Weg zu bringen.

Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes

Beim Europäischen Rat im März 2011 haben die Staats- und Regierungschefs ein umfassendes Maßnahmenpaket beschlossen, das konkrete Instrumente zur **Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung** und der **Stabilitätsmechanismen des Euro-Gebietes** beinhaltet. Nun gilt es, die Beschlüsse innerhalb der europäischen Institutionen umzusetzen. Zentrales Mittel zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung ist eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, die im Rahmen des europäischen Gesetzgebungsverfahrens

vorgenommen wird. Die Stabilisierung des Euro-Raumes soll durch die Schaffung des Europäischen Stabilitätsmechanismus als zwischenstaatliche Institution gewährleistet werden.

Für die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes werden derzeit vom Parlament und dem Rat verschiedene Gesetzgebungsvorschläge diskutiert. Diese umfassen unter anderem eine verschärfte **Überwachung** der Haushaltspolitik sowie eine frühere und **konsequentere Anwendung der Sanktionsmaßnahmen**. Damit in Sanktionsentscheidungen künftig weniger politisches Kalkül einfließt als in der Vergangenheit, wird die sogenannte Methode der umgekehrten Abstimmung eingeführt. Demnach kann der Ministerrat bei wichtigen Entscheidungen die Empfehlung der Kommission nur mit qualifizierter Mehrheit ablehnen und muss nicht mehr der Erhebung von Sanktionen zustimmen. Daneben sind neue **Vorschriften für die nationalen Haushaltspolitiken** und die Überwachung makroökonomischer Ungleichgewichte vorgesehen.

Derzeit laufen die Verhandlungen zwischen Vertretern des Europäischen Parlaments, der Kommission und den Mitgliedstaaten. Im Juni 2011 wird das Plenum abstimmen.

Schaffung eines Europäischen Stabilitätsmechanismus

Um die finanzielle Stabilität des Euro-Währungsgebietes sicherzustellen, hat der Europäische Rat einen Beschluss zur Änderung des EU-Vertrages bezüglich der **Schaffung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)** angenommen. In der Folge haben die Mitgliedstaaten intensiv an dem Entwurf für einen Vertrag gearbeitet, mit dem der ESM als zwischenstaatliche Institution gegründet werden soll. In diesem konnte sich Deutschland mit **wichtigen Anliegen durchsetzen**.

So wird der ESM **nur zum Einsatz** kommen, wenn ein Euroland vom Kapitalmarkt abgeschnitten ist und die **Stabilität des Euro als Ganzes gefährdet** ist. Finanzhilfen werden nur unter **strikten Bedingungen** und im Gegenzug für wirtschafts- und finanzpolitische Reformen des Empfängerstaates vergeben, wobei die Beschlüsse einstimmig getroffen werden. Die **Haftungs-Obergrenze** der Mitgliedstaaten wird auf das bereitgestellte Kapital begrenzt und die Instrumente beschränken sich nahezu ausschließlich auf Kreditvergabe. Die Bundeskanzlerin konnte auch durchsetzen, dass im Krisenfall **private Gläubiger beteiligt** werden sollen. Eine solche Regel schafft Verlässlichkeit und baut Vertrauen auf. Somit wird gewährleistet, dass Gewinnchancen und Risiken in einem ausgeglichenen Verhältnis zueinander stehen und die Gewinnchancen liegen nicht bei den Investoren während der Steuerzahler die Risiken trägt.

Im Juni wird eine Einigung erwartet, so dass nach der Sommerpause das nationale Gesetzgebungsverfahren beginnen kann. Am 01. Januar 2013 soll der ESM in Kraft treten.

Die Währungsunion hat sich bewährt. Trotz der Krise ist der **Euro eine starke Währung**. Ohne diese hätten wir die Finanzkrise 2008 nicht so gut überstanden. Deutschland profitiert mit am Stärksten von der Gemeinschaftswährung. Es liegt daher im deutschen Interesse, weiter **an der Wirtschafts- und Währungsunion sowie der EU-Integration zu arbeiten** und den **Euroraum zu stabilisieren**. Das kommt sowohl uns als auch unseren nächsten Generationen zu Gute.